

**Haushaltsrede der CDU Fraktion
im Rat der Stadt Bedburg
für das Haushaltsjahr 2012
Verfasser Dr. Georg Kippels**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Koerdt,
sehr geehrter Herr Kämmerer Baum,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bedburg.

Die diesjährige Haushaltsrede für die Fraktion möchte ich mit einem lateinischen Satz beginnen, der einem berühmten Filmtitel entlehnt ist „Quo Vadis Bedburg“ oder zu gut deutsch „wohin geht Dein Weg Bedburg“.

Diese Frage ist in diesem Jahr mehr als berechtigt, wenn man sich den Verlauf der Haushaltsberatungen und der dort verarbeiteten Zahlen einmal genau ansieht.

Bemerkenswert an den Haushaltsberatungen ist allerdings deren ganz besondere Eigendynamik und ein Prozess, der durchaus in gewisser Hinsicht etwas nachdenklich stimmen sollte. Mit der Haushaltseinbringung und den Haushaltsreden des Bürgermeisters und des Kämmerers tritt im Allgemeinen zunächst eine gewisse Betroffenheit ein. Die in den letzten Jahren immer wieder sehr ernüchternden Zahlen führen dazu, dass der Blick etwas bedeckt gesenkt wird.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ergibt sich dann allerdings schon ein vorsichtiger Optimismus, dass die missliche Lage doch mit einigermaßen Entschiedenheit und Einfallsreichtum überwunden werden könnte. Dieses vorsichtig aufkeimende Gefühl steigert sich dann bereits

im Allgemeinen in der Haupt- und Finanzausschusssitzung. Bei dem Einen oder Anderen macht sich dann schon leise Euphorie über das Erzielte breit. Der absolute Höhepunkt wird dann jedoch bei der Haushaltsverabschiedung erreicht. Am Ende der Sitzungen der letzten Jahre konnte jedenfalls bei vielen Beteiligten Erleichterung über das Geschaffte oder auch vielleicht besser nur hinter sich Gebrachte festgestellt werden.

Diese besonderen Gefühlswallungen beschreiben sehr genau die Situation, in der sich die Stadt Bedburg finanztechnisch nunmehr schon seit Jahren befindet und der sich eine verantwortliche Politik ganz energisch stellen muß. Immerhin lautet unser Amtseid bei der Vereidigung zu Ratsmitgliedern, dass wir zum Wohle der Stadt Bedburg entscheiden wollen. Das Wohl der Stadt Bedburg besteht allerdings nicht im Wohle des Einzelnen und insbesondere auch nicht im Wohl einzelner Gruppen, sondern im Wohl der Gemeinschaft aller Bürger der Stadt Bedburg.

Einen vernünftigen Zugang zur eigentlichen Problemstellung bekommt man jedoch nur dann, wenn man sich den finanzanalytischen Prozessen der Vergangenheit zuwendet und einmal aufmerksam beobachtet, welche dramatischen Eskapaden und Achterbahnfahrten wir seit Einführung des NKF im Jahre 2005 erleben oder vermutlich bessere gesagt, verkraften mussten.

Die mittlerweile schon ausgesprochen verstaubten Haushaltsbücher sind ein beredtes Zeugnis dafür, dass nichts unberechenbarer und unsteter ist, als die Haushaltspolitik in vielen Kommunen und so auch in der Stadt Bedburg.

Im Jahre 2005 wurde als erstes Jahr des NKF ein Fehlbedarf der Ergebnisrechnung mit 5,6 Millionen Euro ermittelt. Aus dem Blickwinkel des Jahres 2005 gab es im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt. Im Jahre 2007 hätte man gerade einmal nur in Höhe von 400.000,00 € auf die allgemeine Rücklage zurückgreifen müssen, während im Jahre 2008 schon der erste Tiefschlag mit Minus 8,8 Million Euro drohte.

Aus dem heutigen Blickwinkel war jedoch jede Aufregung vollkommen fehl am Platze, da die tatsächlichen Ergebnisse in den Folgejahren zeigten, dass das Jahr 2005 wohl in der Tat mit minus 6 Millionen ins Wasser gefallen war. Erfreulicherweise ergaben sich jedoch in 2006 und 2007 Überschüsse von 6 bzw. 2,5 Millionen, so dass die Talsohle im Jahre 2008 mit dann tatsächlich Minus 9,6 Millionen wieder einigermaßen zu verkraften war.

Der Blick in die mittelfristige Finanzplanung des Haushaltsjahres 2008 ergibt allerdings noch die optimistische Prognose für das Jahr 2012, mit, man höre und staune, einem Überschuss von etwas über 1 Million. Insofern bestand nun wirklich kein Grund zur Sorge. Ein optimistischer Blick in die Zukunft war angesagt und hier passt dann wieder sehr schön das Zitat von Nina Ruge am Ende ihrer Sendungen „alles wird gut“.

Doch dieser Frieden täuschte. Schon im Haushaltsplan 2010 zogen für die Zukunft düstere Wolken auf und für 2011 bis 2013 betrug die Ausgleichspotentiale zwischen 7,2 und 4,2 Millionen Euro. Nachdem nunmehr für das Jahr 2012 rundherum ein absoluter Tiefpunkt ins Haus steht, pendelt sich die Prognose der mittelfristigen Finanzplanung für 2015 bzw. 2016 irgendwo zwischen 1 und 2,5 Millionen Euro minus ein. Nun könnte der optimistische Betrachter durchaus den Standpunkt einnehmen, den eine Erfolgsserie des

Vorabendfernsehens mit dem liebevollen Titel überschreibt „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“. Ob dies allerdings ausreicht, um die anstehende Problemlage zu bewältigen, wage ich nachhaltig zu bezweifeln.

Welcher Befund nämlich bei dieser Zeitreise zunächst einmal vollkommen ausgeblendet worden ist, ist die Fragestellung, wie es denn eigentlich mit unserem Eigenkapital aussieht und vor allen Dingen weitergeht. Zum 31.12.2005 waren wir immerhin noch mit einem Eigenkapital von 88 Millionen gestartet. Trifft die mittlere Finanzplanung mehr oder weniger zu, so werden wir zum Jahre 2015 bei sage und schreibe nur noch knapp 61 Millionen gelandet sein. Der mathematisch Beflissene wird unschwer feststellen, dass es gerade mal 10 Jahre gedauert hat, bis wir unser Eigenkapital aufgrund dieser finanztechnischen Turbulenzen um $\frac{1}{3}$ reduziert haben. Die progressive Fortschreibung dieses Ergebnisses führt kurz und knapp zu der Erkenntnis: „In 20 Jahren sind wir pleite“.

Ohne die Anwesenden mit der Ankündigung erschrecken zu wollen, dass ich auch noch in 20 Jahren diese Erkenntnis im Rahmen der Haushaltsrede verkünden wollte oder müsste, ist dieser Prozess bzw. der Trend mit politischem Verantwortungsbewusstsein nicht mehr in Einklang zu bringen.

Andererseits will ich auch mit einem weit verbreiteten Vorurteil aufräumen, dass dieser Prozess durch unmäßiges Ausgabeverhalten, Luxusinvestitionen oder wie von argumentativen Extremisten gern bezeichnet, Steuergeldverschwendung, verursacht worden wäre.

Aufgrund der bekannten Globalisierung sind wir auch im Rahmen des Steuerverbundsystems und des Gemeindefinanzgesetzes mit den Auswirkungen der Weltwirtschaft und insbesondere natürlich auch der

Weltwirtschaftskrise eng verbunden und diesen ausgesetzt. Auswirkungen werden zu uns durchgereicht.

Hier könnte natürlich die fatalistische Einstellung entstehen, dass dann, wenn wir hier vor Ort sowieso nichts ändern können, es auch keinen Sinn macht, politisches Harakiri zu begehen und den Versuch zu unternehmen, durch unpopuläre, jedoch dringend notwendige Sparmaßnahmen, sich den nächsten Wahlsieg zu vermiesen.

Eine solche Einstellung würde jedoch eklatant gegen unseren Amtseid und gegen jedwede intergenerative Verantwortung verstoßen.

Tatsache ist und bleibt bis auf Weiteres, dass im Rahmen des Gemeindefinanzausgleiches schon seit Jahren das dringend notwendige Konnexitätsprinzip oder auf gut deutsch „wer bestellt, bezahlt“, auf der Strecke geblieben ist. Natürlich sind eine Vielzahl der heutigen Errungenschaften für Familien, Bildung, Kultur, soziale Versorgung und Jugend nützlich, sinnvoll, wenn nicht sogar an einigen Stellen zwingend erforderlich für ein intaktes Gemeinwesen. Die analysierte Gesamtsituation muß allerdings konsequenterweise die Frage aufwerfen, unter welchen Bedingungen dieser Befund betrachtet werden muss.

Diese Frage hat sich die CDU-Fraktion in diesem Jahr ganz energisch und auch ohne innere Vorbehalte gestellt.

Nun kommt an dieser Stelle gerne und häufig der Ruf nach Gerechtigkeit von Entscheidungen. Leider wird bei diesem Ruf allerdings nicht so fürchterlich viel Wert auf das sehr bedeutungsvolle Pronomen dieses Substantivs gelegt.

Handelt es sich jetzt um eine Einzelfallgerechtigkeit, eine Gruppengerechtigkeit, eine Generationengerechtigkeit,

eine soziale Gerechtigkeit oder vielleicht schlicht und ergreifend nur um eine allgemeine Gerechtigkeit der Gleichbehandlung. Die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss hat eigentlich sehr deutlich vor Augen geführt, dass im Rahmen der politischen Auseinandersetzung die Entschlusskraft und Entscheidungsfreude bei Einigen unheimlich schnell schwindet, wenn man sich vor Augen führen muß, dass Haushaltskonsolidierung nicht mit dem Rasenmäher stattfinden kann, sondern sehr wohl hoch individuelle Entscheidungen unter Würdigung aller anstehenden Aspekte getroffen werden müssen.

Für die CDU-Fraktion war daher im Rahmen der Aufarbeitung unserer Probleme eine ganz elementare Fragestellung, inwieweit es der Haushalt noch zulässt, dass durchaus noch sinnvolle oder jedenfalls nützliche Leistungen komplett unentgeltlich oder doch massiv subventioniert der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Bevor jetzt an dieser Stelle gleich wieder das Geschrei losgeht, dass die CDU-Fraktion das Freibad zumachen will, muß ich ausdrücklich klarstellen, dass die genannte Fragestellung keineswegs nur im Zusammenhang mit den Kosten des Freibades zu sehen ist, sondern eine Reihe von Leistungen der Daseinsvorsorge unter dem Blickwinkel von Angemessenheit, von Leistung und Gegenleistung zu sehen und zu würdigen sind.

An dieser Stelle ist deshalb auch die Überschrift der Themen Kindergartenbeiträge, Nutzungsentgelte für sonstige Einrichtungen, Gebühren und Steuergerechtigkeit sowie auch allgemeine Leistungsentgelte zu sehen.

Ich will an dieser Stelle überhaupt nicht verschweigen, dass es manchmal nur auf die Geschicklichkeit der Darstellung ankommt, die Unterschiede positiv oder negativ darzustellen. So liegt beispielsweise der soeben beschlossene Erhöhungsbetrag für die

Nutzungsgebühren für das Freibad bei absolut 40.000 Euro im Jahr, was für den einzelnen Besucher in einem Bereich von 1,50 Euro oder 10 – 20 % liegt, während dann immer noch der Subventionsbetrag bei 150.000 Euro pro Jahr oder 200 bis 300 % des gezahlten Eintritts liegt. Wir sprechen hier von reiner Freizeitgestaltung in wenigen Monaten des Jahres!

Demgegenüber hat die Diskussion über die Erhöhung der Steuersätze gleich eine ganz andere Dimension. Dort heben wir möglicherweise um 50 oder 100 oder mehr Punkte an, was bei 75 Punkten schon 400.000 Euro beträgt. Das ist für jeden Bürger, ob Groß, ob Klein, 16 Euro pro Jahr und letztlich zahlt die Grundsteuer nun wirklich jeder als Nutzer von Wohnraum. Die Hälfte geht dann schon ins Freibad und zwar für 28.000 Besucher. Wie stellt es sich da mit der Gerechtigkeit dar ?

Ich will deshalb auch an dieser Stelle ganz energisch dafür appellieren, dass die Zahlen, die in die mittelfristige Finanzplanung zum Haushaltsausgleich eingesetzt worden sind, nur dann als sozialverträgliche Notbremse verstanden werden dürfen, wenn sonst nichts mehr hilft. Eine Grundsteuererhöhung kann und darf immer nur das letzte Rettungsmittel für eine Haushaltskonsolidierung sein, wenn im Übrigen mit solider Analyse alle anderen Fragestellungen das Sparpotential absolut ausgereizt ist. Ein Familie, und das ist letztlich auch eine Stadt, kann Ihren Konsum auch nicht damit finanzieren, in dem Sie die Nachbarn anpumpt. Steuerhöhungen sind nichts anderes.

Die CDU-Fraktion ist daher uneingeschränkt der Meinung, dass die Beschlussfassung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die Anhebung der Grundsteuerhebesätze A und B ganz bewusst ein Horrorszenario am Horizont der Haushaltsplanungen sein soll, um alle Protagonisten hier im Saal intensiv dazu zu motivieren und dazu zu bewegen, erst einmal die

speziellen Finanzpositionen zu bewerten und zu analysieren, wodurch es selbstverständlich auch bei dem Einen oder Anderen oder der einen oder anderen Gruppe zu Leistungseinschränkungen oder zu einer moderaten wirtschaftlichen Belastung führen kann, die aber unter Würdigung von persönlichem Nutzen und Kosten eine innere Rechtfertigung haben und nicht nur nach der beschriebenen Rasenmähermethode die gesamte Bevölkerung als Betroffene dastehen.

Es kann keine politische Aussage sein, dass man lieber allen Bürgern wehtut, damit man das Geschrei des Einzelnen nicht hören muß. Die Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses zu den Grundsteuerhebesätzen ist deshalb ein Auftrag, ein Appell, und kein feststehendes Ergebnis für die nächsten Jahre. Es kann und muß im Jahre 2012 in sämtlichen Bereichen und zwar sowohl im Rahmen der Pflichtaufgaben, als auch im Rahmen der rein freiwilligen Aufgaben eine Standardanalyse stattfinden. Dabei verbietet sich aus systematischen Gründen die Bildung von Tabu-Themen oder goldenen Kälbern oder Kühen oder sonstigen Bereichen, an die man sich aus vermeintlich wahltaktischen Gründen schlicht und ergreifend nicht herantrauen will.

Uns ist da schon sehr bewusst, dass die Position der Kindergartenbeiträge, die mit einem Plus von 250.000 Euro eingestellt sind, im Rahmen des JHA gerecht zu verteilen sind. Aber ein Deckungsgrad von 19 % der Gesamtkosten ist keine Wegelagerung, sondern ein verantwortlicher Beitrag zum System.

Wenn wir an dieser Stelle den Begriff der Gerechtigkeit noch einmal zitieren wollen, so ist ganz besonders wichtig die intergenerative Gerechtigkeit und damit die ganz klare Verpflichtung, das Tafelsilber nicht kurzfristig unter die Leute zu werfen, um aktuelle Befindlichkeiten zu befriedigen, sondern den ansprechenden Standard, den die Stadt Bedburg in einer Vielzahl von Bereichen liefert,

zu halten oder auch durch Umstrukturierungen zu verändern.

Dies bedeutet für die CDU-Fraktion auch, dass wir die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der vorschulischen Kinderbetreuung und natürlich auch im Schulsystem niederschlagen, aufnehmen und gestalten müssen. Die Ansprüche an dieses System, ebenso wie die Auswahlkriterien haben sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Der beste Kindergarten und die beste Schule oder aber auch die beste weiterführende Schule ist eben nicht zwangsläufig die, die ich auf kürzestem Wege erreiche, sondern die, die ihren Betreuungs- und Bildungsauftrag mit dem höchsten Qualitätsmerkmal erfüllt. Mobilität ist heute ein Selbstzweck und Individualität ist heute eine absolute Selbstverständlichkeit.

Ich darf Sie daher alle hier im Saal nachdrücklich auffordern, die Bekenntnisse, die im Rahmen der Beschlussfassung der Haupt- und Finanzausschusssitzung durchaus überzeugend getätigt worden sind, im Laufe des Jahres 2012 in die Tat umzusetzen und die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung so kritisch zu bearbeiten, dass die weitere Talfahrt unseres Eigenkapitals nachhaltig gestoppt werden kann. Wie Sie dem Entwurf entnehmen können, führen selbst alle vermeintlichen Greuelthaten bis 2015 immer noch zu einem Jahresminus von ca. 500.00 Euro.

Aber das Eigenkapital wäre doch noch bei 66 Mio. Euro. Also durchaus ein Erfolg mit Nachhaltigkeit. Ich darf aber gleichermaßen daran erinnern, dass die Verantwortung für diese Entscheidungen nirgendwo anders liegt, als letztlich in diesem Gremium, nämlich dem Rat der Stadt Bedburg. Die Aufsplittung der Aufgaben in Arbeitskreise, Unterausschüsse, Interessengruppen oder Foren oder sonstige neue Medien führt keinen einzigen Schritt weiter

und lenkt nur von der eigentlichen Problemstellung ab. Irgendwann am Ende dieses Jahres oder spätestens am Anfang des Jahres 2013 werden wir uns hier an dieser Stelle in diesem Saal erneut einfinden müssen und die Hand heben, um die Weichen für die Zukunft der Stadt Bedburg richtig zu stellen.

Quo Vadis Bedburg, wohin geht dein Weg?

Bedburg hat aufgrund seiner zahlreichen Ressourcen, seiner angewendeten Familienfreundlichkeit und seiner optimalen Rahmenbedingungen ohne Weiteres die Chance den Eigenkapitalverzehr aufhalten. Hierzu bedarf es nur mutiger, aber vor allen Dingen weitsichtiger finanzpolitischer Entscheidungen und keiner wilden Ansammlung von angeblichen Einzelfallgerechtigkeiten. Der Finger des Sparens sollte nicht nur auf den Nachbarn zeigen.

Die CDU-Fraktion dankt daher der Kämmerei und der gesamten Verwaltung für die intensive Aufarbeitung der Zahlen und insbesondere der in den vergangenen Wochen permanenten Fortschreibung unter Berücksichtigung der aktuellen Prozesse.

Nunmehr ist es jedoch an uns, die Zukunft aktiv in die Hand zu nehmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bedburg 14.2.2011
Dr. Georg Kippels
Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)